



Wo sich die Ungleichheit zeigt und warum sie schädlich ist

Text Pepo Frick, praesidium@freieliste.li

«Es braucht Anreize, sich anzustrengen», da ist sich die Politik einig. Für den Mittelstand werden diese Anreize aber immer geringer. Er kann weniger am Wohlstand teilhaben und hat weniger Aufstiegschancen als Reiche – das schadet Mensch und Wirtschaft.

«Geht es der Wirtschaft und den Reichen gut, profitieren alle» ist ein Satz, der in Liechtenstein immer wieder bemüht wird und mit dem auch das unternehmens- und reichenfreundliche Steuergesetz aus dem Jahr 2011 gerechtfertigt worden ist. Seitdem nicht mehr zu übersehen ist, dass sich weltweit besonders die Vermögensschere, aber auch die Lohnschere zwischen arm und reich mit grossem Tempo öffnet, kommen namhafte Ökonomen zum Schluss, dass sich Geld vor allem «oben» vermehrt. Arbeitnehmende bekommen nicht so viel Lohn, wie sie gemäss ihrer Produktivität erhalten müssten, wohingegen Top-Kader viel mehr vom Kuchen abbekommen, als ihnen gemäss ihrer Leistung zustehen würde. Bis in die 80er Jahre gab es weltweit und auch in der Schweiz eine ungefähre Übereinstimmung zwischen Lohn und Leistung, dann ist das Verhältnis zunehmend aus dem Ruder geraten. Leistung und Reichtum (Verdienst) stehen in keinem Verhältnis mehr.

Es ist nicht so, dass der Wohlstand, wie es eigentlich laut ökonomischer Lehre passieren müsste, zum Mittelstand oder den tieferen Einkommen durchgesickert ist. Der Ökonom Paul Krugmann sagt: Wir warten auf diesen Trickle-down-Effekt

schon seit 30 Jahren – vergeblich.» Andreas Brunhart vom Liechtenstein Institut verwendete an einem Vortrag dieses Zitat, um zu zeigen, dass einflussreiche Ökonomen umdenken. Weg vom Credo, dass sich der Markt selbst reguliert.

Die Steuern wirken nicht progressiv

Der Forscher vom Liechtenstein Institut hat sich in den letzten Monaten intensiv mit Verteilungsfragen beschäftigt. In seiner Studie «mehr Netto vom Brutto» stellte er einerseits fest, dass Liechtensteins Bevölkerung mehr Geld im Portemonnaie übrigbleibt als den Schweizer Nachbarn. Die Studie hat aber andererseits, wie zuvor bereits andere, auch bestätigt, dass sich beim liechtensteiner Mittelstand Nettolöhne am wenigsten stark von den Nettolöhnen in der Schweiz unterscheiden. Der Mittelstand profitiert also prozentual weniger stark von tiefen Steuern und tiefen Sozialabgaben.

Bei Liechtensteins Hochlohnempfängern wird hingegen deutlich, dass ihnen prozentual viel mehr übrig bleibt als den schweizerischen im gleichen Lohnsegment (siehe Grafik). Reiche sind in Liechtenstein also besonders reich. In anderen Worten greift in Liechtenstein der in der

Verfassung verankerte Grundsatz nicht, nach dem hohe Vermögen und Einkommen prozentual stärker besteuert werden sollten. Die Steuerprogression wirkt nicht, anders in der Schweiz (siehe Grafik). Dabei ist auch die Schweiz ein Land mit grosser Ungleichheit. Andreas Brunhart führte aus, dass die inflationsbereinigten Löhne in der Schweiz seit den Achtzigerjahren fast nur noch für die oberen zehn Prozent der Einkommen angestiegen sind, während die unteren zehn Prozent sogar Einbussen hinnehmen mussten. Erst im letzten Jahr kam es in der Schweiz erstmals wieder zu einer Trendwende, weil die öffentliche Empörung mit der Abzocker- und der 1:12 Initiative sich korrigierend auf die hohen Löhne niederschlug.

Verteilungsfragen werden erforscht

Mit dem Gini-Koeffizienten lässt sich die effektive Verteilung von Einkommen und Vermögen messen: Bei einem Wert von null herrscht absolute Gleichverteilung, bei einem Wert von eins konzentriert sich Vermögen oder Einkommen auf eine einzige Person. In der Schweiz gibt es den international gesehen sehr hohen Gini-Koeffizienten 0.8 bei Vermögen. In einer Interpellationsbeantwortung aus dem Jahr

2012 zur «Verteilungsgerechtigkeit» nahm die Regierung einen ähnlichen, gar leicht höheren Wert wie in der Schweiz an, wobei Vermögen von Pauschalbesteuerten oder das Vermögen des Fürstenhauses, das nicht versteuert wird, noch nicht im Gini-Koeffizienten enthalten sind. Andreas Brunhart und Berno Büchel vom Liechtenstein-Institut haben sich zum Ziel gesetzt, diesen Wert gemäss internationalen Standards genauer zu erforschen.

Sparmassnahmen fördern Ungleichheit

Dass der Wohlstand in Liechtenstein ungleich verteilt ist und Reiche prozentual weniger fürs Gemeinwohl abgeben müssen, zeigt sich aber bereits mit den vorhandenen Messwerten. Problematisch ist, dass sich die Ungleichheit nicht zuletzt auch wegen der Sparmassnahmen des Staates zuspitzt.

Die Regierung hat dargelegt, dass die Sparübungen der letzten Jahre sich bei Tieflohneempfängern besonders wegen den Krankenkassenprämien mit 2 Prozent vom Nettolohn doppelt so stark auswirkten wie für Menschen mit hohem Einkommen. Die Freie Liste beobachtet diese Entwicklung mit grosser Sorge, steht damit in der liechtensteinischen Politik aber alleine da. In der Beurteilung von vielen einflussreichen Ökonomen kann sich dies wirtschaftsschädlich auswirken. Die Argumente sind intuitiv verständlich: Wenn es wenig soziale Durchlässigkeit gibt und nur eine kleine Schicht immer reicher wird, verliert der Rest den Anreiz sich anzustrengen. Die Mehrheit der Angestellten bekommt nicht das, was ihr aufgrund ihrer Produktivität eigentlich zustehen würde, die Chancen sind nicht gerecht verteilt.

Regierungen müssten laut OECD eingreifen

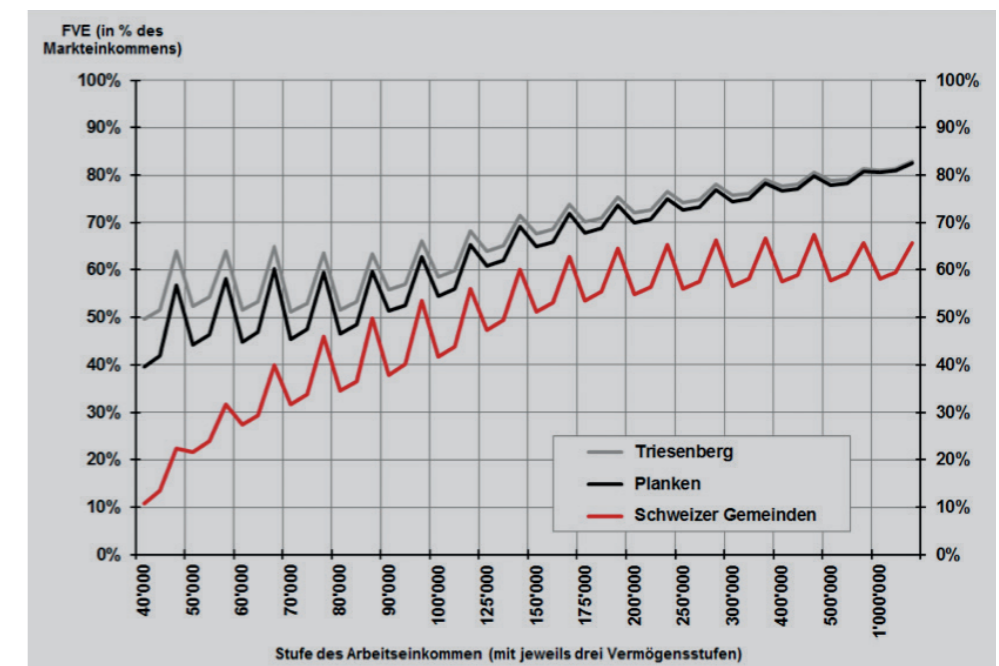
«Wir sind an einem kritischen Punkt angelangt», sagt der Generalsekretär der «Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung» (OECD) Ángel Gurría. Die Regierungen müssten eingreifen, nicht nur aus sozialen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen. «Tun sie das nicht, beschädigen sie das gesellschaftliche Gefüge und behindern das langfristige Wirtschaftswachstum.»

Während sich die Mehrheit der Politiker im Land auf die «freie Wirtschaft» beruft, nach der die Politik nicht in Märkte

eingreifen darf und ein Verbot beispielsweise von Eurolöhnen für sie der «Planwirtschaft» gleichkommt, fordern heute Ökonomen die Politik zum Handeln auf. So zitierte Andreas Brunhart an seinem Vortrag Joseph Stiglitz, den ehemaligen Chefökonom der Weltbank: «Jedes Wirtschaftssystem, das grosse Bevölkerungsgruppen vom Wohlstand ausschliesst hat versagt. Ungleichheit ist kein Schicksal, sondern Ausdruck politischen Willens.»

Die Folgen sind neben der Erosion von Leistungsanreizen für den Mittelstand auch steigende Umverteilungskosten durch soziale Wohlfahrt. Die Folge ist aber auch private Überschuldung oder gar tiefe Bildungsbeteiligung. Der Schweizer Soziologie-Professor Ueli Mäder stellt auch fest, dass sich das zunehmende ökonomische Ungleichgewicht in der Schweiz und in Europa im Aufkommen von populistischen Parteien niederschlägt. ■

Die Massnahmen, welche Ökonomen zur Umverteilung vorschlagen, lesen sich über weite Strecken wie eine Bilanz der Politik der Freien Liste in den vergangenen Jahren (siehe folgenden Text).



Die Grafik zeigt, dass der Mittelstand in Liechtenstein sich am wenigsten stark vom Schweizer Mittelstand abhebt und die Reichen im Vergleich in Liechtenstein besonders reich sind.

Bild: Grafik aus mehr Netto vom Brutto

Relativitätstheorie

Text Thomas Lageder, Thomas.Lageder@Landtag.li

In diesem Artikel soll es nicht darum gehen zu beweisen, dass $E=mc^2$ ist und auch nicht darum zu argumentieren, dass sich das Universum immer schneller ausdehnt. Nein, es soll vielmehr beleuchtet werden, ob die Gleichung 100 Franken = 100 Franken stimmt.

Auf den ersten Blick würde wohl jeder sagen, dass 100 Franken effektiv 100 Franken sind. So einfach ist es aber nicht, denn der Wert von 100 Franken für den einzelnen ist sehr relativ. Für eine Person, nennen wir sie Lukas, die 60'000 Franken im Jahr verdient, sind 100 Franken zwei Prozent des monatlich zur Verfügung stehenden Geldes. Hingegen für eine Person, die 200'000 Franken im Jahr verdient, nennen wir sie Rudolf, nur gerade 0.6 Prozent. Kein wesentlicher Unterschied würde man meinen. Nur muss die Person mit 60'000 Franken den selben Preis für Benzin, Brot oder das Bus-Abo bezahlen, wie die Person, der 200'000 Franken zur Verfügung stehen. Analoges gilt z.B. für die Krankenkassenprämien, die in Liechtenstein bekanntlich Kopfprämien sind. Will heissen, jede erwachsene Person, der keine Prämienverbilligung zusteht, bezahlt denselben Betrag. Waren dies 2014 noch 3552 Franken pro Jahr für die Grundversicherung, stiegen sie 2015 schon auf 3996 Franken. Auch diese Beträge sind gleich hoch, sie machen aber für Lukas ca. 6.5 Prozent seines Geldes aus, für Rudolf nur 2 Prozent. Im Verhältnis zu seinen Möglichkeiten, ist Lukas viel stärker belastet als Rudolf.

So weit ist das noch nicht grundsätzlich problematisch, wenn es einen Mechanismus gäbe, der Ungleichheiten in Talent, Anstrengung, Ausbildung, Fleiss und auch Glück abschwächen würde. Im Allgemeinen wird dies über Steuern gemacht, konkret über die sogenannte Progression. So legt das Steuergesetz fest, dass Lukas 3 Prozent an den Staat, also die Allgemeinheit, abgeben muss und Rudolf, der ja mehr Geld hat, 5 Prozent. So weit so gut. Nur funktioniert das nicht. Wie die Regierung im Bericht und Antrag 27/2015 aufgezeigt

hat und wie in der Studie «Mehr Netto vom Brutto» des Liechtenstein Instituts bestätigt wurde, haben alle Personen in Liechtenstein nach Steuern und Abgaben ungefähr 75 Prozent ihres Geldes für ihre Ausgaben zur Verfügung. Durch verschiedene Abzugsmöglichkeiten und Effekte im Steuergesetz funktioniert die Progression in Liechtenstein nicht. Prozentual werden alle Steuerzahler gleich belastet. Viele würden nun sagen, dass das fair ist. Nein, ist es nicht! Artikel 24 der Verfassung hält sinngemäss fest, dass finanziell Bessergestellte stärker für die Bereitstellung der staatlichen Dienstleistungen und Institutionen belastet werden sollen. Wer mehr hat, muss und kann auch etwas mehr abgeben. Um beim Beispiel von Lukas und Rudolf zu bleiben, hat Lukas heute 45'000 Franken zu seiner Verfügung, Rudolf 150'000 Franken, beide also 75 Prozent. Es wäre also zumutbar, dass Rudolf weitere 10'000 Franken beisteuert und Lukas dafür 2'000 Franken weniger bezahlen müsste. Für Lukas wären diese 2'000 Franken sehr willkommen, denn er muss sein ganzes Geld für seinen Lebensunterhalt ausgeben. Rudolf hat da sicher mehr «Spatzig».

Gleiches gilt für die Krankenkassenprämien. Jede Erhöhung, aus welchem Grund auch immer, trifft Lukas viel stärker als Rudolf. Auch die ab 2017 wählbare Franchise bis zu 3500 Franken machen Lukas viel mehr Sorgen als Rudolf, schlicht, weil er wesentlich weniger Geld zur Verfügung hat. Im Gegenteil für Rudolf sind Kopfprämien super, denn er hat wie Lukas nur einen Kopf. Die Last der Prämien zieht aber den Kopf von Lukas viel stärker nach unten als den Kopf von Rudolf. Dass Rudolf nun keine grosse Lust hat, mehr zu bezahlen, ist zwar verständlich; wenn Rudolf

aber nicht mehr bezahlen will, dann heisst das ganz einfach, dass Lukas weiterhin viel stärker belastet wird als Rudolf, denn wie es immer wieder heisst, das Geld fällt nicht vom Himmel.

Der Abschlussbericht zu den Massnahmenpaketen I bis III hat ergeben, dass Lukas durch die verschiedenen Massnahmen einer Mehrbelastung von 2.1 Prozent ausgesetzt wurde, Rudolf musste nur 1.2 Prozent mehr aufwenden. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass Lukas immer mehr zum Verlierer des Systems wird und Rudolf, der zwar auch mehr leisten muss, relativ, also im Verhältnis, besser davon kommt.

Nicht nur muss das neue Steuergesetz, das die Balance zu Gunsten von Rudolf verschoben hat, dringend überarbeitet werden, es muss auch bei der Krankenkasse angesetzt werden, die sich zunehmend zu einem immer schwereren Mühlstein um den Hals von Lukas entwickelt. Beim Konsum von herkömmlichen Waren ist es völlig normal und akzeptiert, dass Lukas und Rudolf 8 Prozent an Mehrwertsteuer bezahlen müssen. Beim Konsum von Gesundheitsleistungen hingegen verlangt das gegenwärtige System, dass Rudolf und Lukas jeweils für ihr Fleischkäsebrötli, das 5 Franken kostet, einen Franken abliefern müssen. Mindestens Lukas dürfte das Kopfweh bereiten. ■

Unterschreiben Sie bitte die Initiative der Freien Liste zu erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien in der Grundversicherung, Lukas braucht Ihre Unterstützung.

